

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Ungleichheit in der Krise

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (2013) : Ungleichheit in der Krise, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 39, Iss. 2, pp. 115-123

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332899>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Editorial

Ungleichheit in der Krise

Die soziale Ungleichheit in Europa wird mit dem Anhalten der Krise zunehmend heftiger diskutiert, denn ihre Folgen werden immer stärker sichtbar. Ohne gegensteuernde Maßnahmen wird die ohnehin große Kluft zwischen Arm und Reich weiter zunehmen und damit die sozialen Spannungen. Mit dem EU-weiten Versuch, Steueroasen zu schließen und Steuerbetrug und -umgehung zu bekämpfen, wird ein erster wichtiger Schritt getan, um die Ungleichheit zu begrenzen. Genug für einen Richtungswechsel ist dies allerdings noch nicht.

In den ersten drei Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Ungleichheit der Bruttohaushaltseinkommen laut neuesten Daten der OECD stärker angestiegen als in den zwölf Jahren zuvor. Die Daten belegen auch, dass ärmere Haushalte über die Krisenjahre entweder mehr verloren oder weniger gewonnen haben als reichere Haushalte. In 21 von 33 OECD Ländern, für die Daten vorliegen, verlief die Einkommensentwicklung für die 10% der Bestverdienenden besser als für jene 10% mit dem geringsten Einkommen. Das wurde auch für Österreich festgestellt: Hier haben in den letzten Jahren nur die Besserverdienenden gewonnen. Deutschland hingegen entwickelte sich entgegen dem Trend. Das verfügbare Haushaltseinkommen steigerte sich bis 2010 sowohl für Gut- als auch für GeringverdienerInnen, wenn auch in sehr bescheidenem Ausmaß.

Der Anteil jener Haushalte, die nach OECD-Definition als einkommensarm gelten, also unter 50% des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens verdienen, veränderte sich im OECD-Schnitt zwischen 2007 und Ende 2010 dennoch kaum. Denn Konjunkturpakete sowie Steuer- und Transfersysteme milderten die negativen Folgen der Krise bis Ende 2010 für viele Haushalte ab, sodass sich bei den verfügbaren Haushaltseinkommen ein weit geringerer Verlust ergab.

Was sich allerdings veränderte, war die Zusammensetzung jener Gruppe, die als armutsgefährdet gilt: Für Kinder und junge Erwachsene erhöhte sich das Armutsrisiko 2007-2010 im OECD-Schnitt um ein bis zwei Prozentpunkte, für ältere Menschen sank es um drei Prozentpunkte. Letzteres ist einem statistischen Effekt geschuldet, weil die Armut im Verhältnis zum Durchschnittshaushaltseinkommen gemessen wird: Die Pensionshöhe stagnierte, während die Markteinkommen besonders in den Krisenstaaten stark fielen, sodass die PensionistInnen relativ reicher und damit weniger armutsgefährdet wurden.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Sparmaßnahmen in vielen Staaten lassen jedoch befürchten, dass sich das Risiko für Armut und die soziale Ungleichheit seit 2010 verschärft hat und in den kommenden Jahren OECD-weit auch weiter verschärfen wird.

Für ein Anwachsen von Vermögensungleichheit gibt es erste Befunde aus den USA: Das Verhältnis zwischen den Reichen und Armen hat sich weiter zu Ungunsten der Vermögenslosen verändert. Von 2007 bis 2009 gab es beträchtliche Vermögensverluste zu verzeichnen; so fielen sowohl der Median als auch der Mittelwert in der Vermögensverteilung. KrisenverliererInnen unter den Reichen wurden durch KrisengewinnerInnen ersetzt. Das Top-1% besitzt nach wie vor rund ein Drittel des Gesamtvermögens, weitere 9% der Haushalte 39%, sodass die Top-10% insgesamt 72% des Vermögens besitzen und stabil blieben, währenddessen der Vermögensanteil der unteren 50% von 2,5% auf 1,5% fiel.

Der Anstieg der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist kein Krisenphänomen, sondern ein langjähriger Trend. Die Untersuchung der Vermögensverteilung hat nur in wenigen Staaten Tradition, etwa in den USA, Italien oder Schweden und war aufgrund der verschiedenen Erhebungsmethoden bisher schwer vergleichbar. Zu den Einkommen ist die Entwicklung besser dokumentiert. So veröffentlichte die OECD in kürzeren Abständen mit „Growing Unequal“ und „Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising“ zwei umfangreiche Publikationen, die den Anstieg der Einkommensungleichheit seit den 1980er-Jahren untersuchen. Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen (Nettoeinkommen inklusive Transfers) stieg seitdem um 10% an.

Vielfach wurde diskutiert, was die Sozialpolitik gegen den Anstieg an Einkommensungleichheit unternehmen könne. In der EU war unter anderem die *Flexicurity*-Debatte (bessere Kombination von flexiblen Arbeitsverhältnissen und sozialer Sicherheit) Folge dieser Entwicklung. In Großbritannien und den USA wurde mit *Welfare-to-work*-Programmen (NiedriglohnbezieherInnen mit Steueranreizen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen) auf diese Entwicklung reagiert. Die Sozialpolitik versuchte also, die Ergebnisse einer immer ungleicher werdenden Primärverteilung mit (nicht umstrittenen) Maßnahmen zu bekämpfen.

Den neoklassischen ökonomischen *Mainstream* beunruhigte hingegen die steigende Ungleichheit bis zur Finanzkrise nicht. Ungleichheit ist demnach eine Frage von Präferenzen, also politischen oder Werturteilen, aber nicht Bestandteil makroökonomischer Analysen. Ob steigende Ungleichheit negative Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung hat, wurde ambivalent beurteilt. Ungleichheit wurde von den BefürworterInnen durchaus als Leistungsanreiz gesehen, und damit als positiv, solange Chancengleichheit für alle gewährleistet wird, was

aber de facto auch ohne staatliche Intervention nicht realisierbar ist. Denn auch die Bildungschancen und damit die Voraussetzungen sind sehr ungleich verteilt. Im Allgemeinen wurde aber Ungleichheit als nicht beunruhigend angesehen, solange die Märkte effizient arbeiten und alle damit mehr bekommen bzw. die VerliererInnen entschädigt werden. Als Ursachen für steigende Ungleichheit wurden technologischer Wandel und Globalisierung angesehen. Steigende Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften für die wissensbasierte Ökonomie führe zu Fachkräftemangel, was die Entgelte steigen ließe. Die Verlagerung von Produktion von Gütern und zunehmend auch Dienstleistungen in Niedriglohnländer hätte zur Folge, dass niedrig qualifizierte Personen mit Beschäftigten in Niedriglohnländern konkurrieren müssten. Die Drohung der Abwanderung bewirke Lohnzurückhaltung und damit stagnierende Verdienste im Produktionsbereich. Dies erkläre auch die steigende Ungleichheit innerhalb von Staaten. Nicht thematisiert wurden hingegen der extreme Anstieg der Bezüge bzw. Boni im Vorstandsbereich von Konzernen, die explodierenden Boni im Finanzsektor und die Orientierung der Unternehmensführung am *Shareholder Value* zu Lasten der ArbeitnehmerInnenentgelte. Insgesamt führte das zu stagnierenden Löhnen bei stark ansteigenden Einkommen für Besitz und Unternehmen. Die Steuerpolitik, die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital, verstärkte die Ungleichheit noch. Die „scheuen Rehe“ versteckten sich in Steueroasen.

Der Diskurs hat sich mit der Finanzkrise geändert. Nur wenige bestreiten noch, dass Verteilungspolitik ein bedeutendes Thema in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung geworden ist, was allerdings nicht heißt, dass sie überall gern gesehen ist. Jedoch haben ökonomische Arbeiten, die die steigende Ungleichheit als eine zentrale Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise sehen, gute Argumente geliefert. Die stagnierenden Löhne und Gehälter führten zu einer Nachfrageschwäche, die verhaltenes Wirtschaftswachstum bedingte. Die Antwort in den USA darauf war ein überwiegend kreditfinanzierter Konsum und eine negative Sparquote der privaten Haushalte. Einige Länder reagierten gar nicht auf die Binnennachfrageschwäche und versuchten die Exporte auf immer höhere Rekordmarken zu bringen, was die Handelsbilanzungleichgewichte zwischen den Staaten bedrohlich erhöhte. Auf der anderen Seite führte die zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen dazu, dass die Spekulation zunahm, weil die Reichen ihre Gelder auf den Finanzmärkten, auch mangels attraktiver realwirtschaftlicher Alternativen, zunehmend risikofreudiger veranlagten und ständig neue Finanzprodukte kreiert wurden. Auch das erhöhte die Volatilität der Finanzmärkte weiter und birgt eine anhaltende Gefahr von Blasenbildungen.

Auch wenn diese These im ökonomischen *Mainstream* nicht geteilt wird, so gibt es vielerlei Aktivitäten, die der Verteilungsfrage höhere Aufmerksamkeit schenken. So gibt es im Auftrag der Europäischen Zentralbank erstmals Vermögenserhebungen im Euroraum, die auch die Ränder der Verteilung analysieren, um Aussagen über die Finanzmarktstabilität treffen zu können. Damit wird akzeptiert, dass hohe Vermögensungleichheit die Instabilität der Finanzmärkte erhöht hat und als zumindest potenzielle Gefahr angesehen wird.

Die OECD und auch der Internationale Währungsfonds haben sich mit dem Zusammenhang von Krise, Krisenbekämpfung und Verteilung befasst. So wird den automatischen Stabilisatoren und damit der umverteilenden Wirkung ausgebauter Wohlfahrtsstaaten in jüngeren Arbeiten eine stabilisierende Wirkung attestiert.

Auch wird zunehmend erkannt, dass die Nachfrageschwäche aufgrund stagnierender Einkommen in den Industriestaaten ein wesentlicher Faktor ist, warum die Weltwirtschaft nicht auf die Beine kommt. Der auf Kahlschlag der Sozialstaaten ausgerichtete Austeritätskurs („Der Sozialstaat hat ausgedient“) wurde mittlerweile da und dort um die Komponente der Stärkung des Wachstums durch verteilungspolitische Aspekte ergänzt. So veröffentlichte die OECD Papiere zur stabilisierenden Wirkung des Sozialstaats in der Krise und zu Wachstum und Verteilung, die auf den Nachfrageaspekt hinwiesen. Zudem ging sie der Frage nach, welche Konsolidierungsmaßnahmen nicht nur wenig wachstumsdämpfend, sondern auch verteilungsgerecht seien. Der IWF untersuchte die Frage, ob nicht die Handelsbilanzungleichgewichte der steigenden Ungleichheit geschuldet seien und attestierte, dass nachhaltiges stabiles Wachstum leichter mit einer gleichen Verteilung zu erreichen sei.

Eine Reaktion auf die Wiederkehr des Verteilungsthemas sind immer heftiger werdende Verteilungsdebatten, vor allem im steuerpolitischen Bereich. Bei den Budgetkonsolidierungen spielt das Thema jedoch erstaunlicherweise bisher kaum eine Rolle. Die am häufigsten genannte einnahmeseitige Maßnahme unter den OECD-Staaten ist die Erhöhung der regressiv wirkenden Konsumsteuern, die in 75% aller Staaten vorgesehen ist bzw. bereits realisiert wurde. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern ist dabei in vielen Staaten auch die größte geplante oder realisierte steuerliche Maßnahme. 65% der Staaten sehen Erhöhungen der proportional wirkenden Einkommensteuer vor, viele erhöhen im Gleichklang dazu auch die Körperschaftssteuer. Maßnahmen im Bereich der progressiv wirkenden Vermögensbesteuerung wurden bisher nur in einem Drittel der OECD-Staaten beschlossen. Die Besteuerung des Finanzsektors wird gar nur von rund einem Viertel der Staaten als budgetäre Maßnahme in einem Bericht zu den Budgetkonsolidierungsmaßnahmen genannt.

Doch inzwischen ist eine Mehrheit der Staaten davon überzeugt, Steuersünder und -betrüger aufzudecken und Steueroasen den Kampf anzusagen. Der Druck der USA für ein Abkommen über einen automatischen Informationsaustausch (FATCA) führte auch innerhalb der EU zum Beschluss, gegen die Steueroasen entschiedener vorzugehen. Der EU-Steuerkommissar berechnete, dass jährlich über 1.000 Mrd. Euro (rund 7% des BIP) durch Steuerhinterziehung, Steuerflucht und legale Steuervermeidungstricks den Mitgliedstaaten entgeht. Er will neben dem internationalen Informationsaustausch eine EU-Bemessungsgrundlage für große, multinationale Unternehmen verpflichtend verankern. Denn damit würde es sich für Konzerne nicht mehr lohnen, Gewinne in die Staaten mit den besten Abschreibungsmöglichkeiten zu verlagern. Auch gibt es ein Bündnis von elf Staaten, die durch eine verstärkte Zusammenarbeit eine Finanztransaktionssteuer in der EU einführen wollen.

Da neuere Zahlen, wie u. a. eingangs beschrieben, bei einer genaueren Betrachtung ebenfalls eine Zunahme von Ungleichheit zeigen, wurde jedoch mancherseits begonnen, die Wissenschaftlichkeit von Daten, Indikatoren oder Aussagen anzuzweifeln. So entfachte eine durchgesickerte Vorabversion des 4. Deutschen Armuts- und Reichtumsberichts in Deutschland die Diskussion, ob die Armut nun steigen oder fallen würde.

„Vor allem aber kritisieren viele Experten diese Definition von Armut. Hans-Werner Sinn, Chef des ifo Instituts, bezeichnete sie schon einmal als ‚bedarfsgewichteten Käse‘. Der Berliner Politikwissenschaftler Klaus Schroeder moniert, dass nicht unterschieden werde, ob jemand mit 1.000 Euro im Monat in München zurechtkommen müsse oder irgendwo auf dem Land in Mecklenburg-Vorpommern. Und der Dortmunder Statistikexperte Walter Krämer kürte gemeinsam mit zwei anderen Professoren solche Armutszahlen kürzlich sogar zur ‚Unstatistik des Monats‘ (...)“ (Rudzio [2012]).

In Österreich entstand eine ähnlich gelagerte Diskussion, als aufgrund neuer Daten der Statistik Austria ein Anstieg von Armut, aber nicht von Armutsgefährdung in Diskussion kam. Rolf Gleissner, Sozialexperte der Wirtschaftskammer, schrieb unter der Überschrift „Statistik als Armutsrisiko“ in einem Zeitungskommentar:

„2008 sprang die Zahl der manifest Armen von 355.000 auf 511.000 Personen. Grund war aber nicht die Krise, sondern wiederum die Statistik: Die Statistik Austria ging von der EU-Definition ab und ‚lockerte‘ die Armutskriterien für Österreich, sodass mehr Menschen die Kriterien erfüllten und die Zahl der Armen statistisch plötzlich stieg.“

Einen weiteren Versuche startete der Publizist Michael Hörl in „Die Presse“: „Da die ‚manifest Armen nach EU-Definition‘ seit Jahren bei

4% stagnierten, erfand die Statistik Austria neue Kennzahlen: etwa die der ‚manifest Armen nach österreichischer Definition‘ (...).“

Die veröffentlichten Daten der Statistik Austria zeigen aber das Gegenteil. Die Kritik von Gleissner und Hörl ist unberechtigt. Weder erfand die Statistik Austria neue Kennzahlen, noch stagnierte die Zahl der Armen in Österreich. Tatsächlich wurden die mit den Europa-2020-Zielen neu eingeführten EU-Indikatoren zu „erheblicher materieller Deprivation“ sowie die schon länger bestehende Definition der „manifest Armen“ miteinander verwechselt. Die von Gleissner und Hörl zum Vergleich angeführte Zahl von 355.000 bezieht sich nicht auf manifeste Armut, sondern auf einen neuen EU-Indikator für erhebliche materielle Deprivation (Entbehrung) für das Jahr 2010. Dieser stieg bei vollkommen konstanter Definition von 3% der Bevölkerung im Jahr 2005 auf 4,3% (355.000) im Jahr 2010.

Auch die von beiden Autoren genannte manifeste Armut steigt langfristig an. Während im Jahr 2005 noch 372.000 Menschen betroffen waren, stieg derselbe Indikator 2010 mit 511.000 Menschen (6,2%) auf seinen bisherigen Höhepunkt.

Die Daten der Statistik Austria sind stimmig mit der Entwicklung der Zahl der Personen in der sogenannten offenen Sozialhilfe, also dem zweiten Netz der sozialen Sicherung: Diese hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt und lag im Jahr 2010 bei fast 180.000 Personen.

Viel stärker noch polarisieren die Daten zur Vermögensverteilung. Als die ersten vergleichbaren Daten über privates Haushaltsvermögen in 15 Ländern der Eurozone von der EZB präsentiert wurden, lösten sie gleich einen Sturm medialer Entrüstung aus: „Die“ Deutschen wären ärmer als „die“ Zyprioten. Mit dieser Aussage ließ sich rund um das Zypern-Hilfspaket trefflich Schlagzeile machen. Das Gesamtvermögen von Nationen, also die Summe von Privat-, Betriebs- und öffentlichem Vermögen wurde aber schlicht nicht untersucht. Analysiert wurde das Vermögen der privaten Haushalte, und hier vor allem die Verteilung dieses Vermögens in den Ländern. Die Frage ob „die Griechen“ oder „die Deutschen“ reicher sind, kann mit den Daten der EZB nicht beantwortet werden.

Zudem zielen die EZB-Daten darauf ab, ein korrektes Bild der Vermögenssituation der Haushalte zum Zeitpunkt der Untersuchung zu geben. Daher werden richtigerweise Immobilien mit den Preisen bewertet, die sie zum Zeitpunkt der Erhebung am Markt erzielen können. Da aber in manchen Ländern eine Immobilienblase herrschte, die Preise der Häuser also weit überzogen waren, sind die EZB-Daten nicht geeignet, die Frage, wer nun gerade reicher ist, zu beantworten. Vielleicht schon erkennbar überzogene Preise sind, wenn überhaupt, immer erst

im Nachhinein korrigierbar. Immobilienvermögen auf Basis vermuteter Preisungleichgewichte von vornherein „hinauf- und hinunterzurechnen“ würde der Datenmanipulation Tür und Tor öffnen.

Ein weiteres zentrales Missverständnis in dieser Debatte liegt in der Definition von Vermögen. Hier gibt es in der Ökonomie keine völlige Einigkeit, üblich ist aber die Definition, dass Vermögen übertragbar, be-lehnbar und in weitem Sinne liquide sein muss. Das bedeutet, man soll es verschenken, zur Sicherstellung eines Kredites verwenden und in vernünftiger Zeit in Bargeld umwandeln können. Aus diesem Grund sind etwa Pensionsansprüche an das Umlageverfahren kein Privatvermögen, denn die können nicht einfach an Kinder verschenkt oder an Dritte verkauft werden, um mit dem Geld auf Urlaub zu fahren. Deswegen können diese Ansprüche nicht einfach zu dem vorhandenen Privatvermögen addiert werden, wie es die kürzlich erschienene Studie von IHS-Chef Christian Keuschnigg zur Besteuerung der Vermögen tat. Noch dazu in der Form, dass die fiktiven Pensionsansprüche addiert, aber die tatsächlich geleisteten Beiträge ins System nicht angerechnet werden.

Ein funktionierender Sozialstaat stellt Pensionen über das Umlagesystem, Mietwohnungen im sozialen Wohnbau und Gesundheitsversorgung durch die Krankenversicherung zur Verfügung. Bei gleichem Lebensstandard und gleicher Sicherheit gegenüber Unfall, Krankheit und Arbeitslosigkeit können Menschen in einem ausgebauten Sozialstaat daher geringeres Vermögen besitzen. Deswegen stellt der funktionierende Sozialstaat durchaus einen Ausdruck gesellschaftlichen Reichtums dar, aber eben kein privates Vermögen im engeren Sinn.

Aus der Tatsache, dass in manchen Ländern diese Vorsorge bei jenen, die es sich leisten können, durch private Sparguthaben erfolgt, kann man außerdem nicht schließen, dass ein fehlendes Sozialsystem den Vermögensaufbau erleichtert. In den USA können die unteren Einkommens- und Vermögensgruppen trotz der dort im Durchschnitt niedrigeren Abgabenquote keine großen Vermögen anhäufen, um ein löchriges soziales Netz zu ersetzen; sie sind im Gegenteil meist verschuldet. Historisch ist nicht das individuell angesparte Vermögen die Versicherung gegen soziale und gesundheitliche Risiken, sondern der – in der heutigen Zeit immer brüchiger werdende – Familienverband, vor allem in vermögens- und einkommensärmeren Gruppen.

Etliche KommentatorInnen schlossen aus der falschen Interpretation der Daten in den Zeitungen, dass den Daten aus der Vermögenserhebung grundsätzlich nicht zu trauen sei. Dieser Schluss folgt einem politischen Interesse. Denn bereits die ersten Resultate der EZB liefern brisante Erkenntnisse. So ist das Vermögen innerhalb der Eurozone über alle Ländergrenzen hinweg extrem ungleich verteilt. Die unteren 20%

haben kein (positives) Nettovermögen, die unteren 50% besitzen zusammen in den untersuchten Eurozonen-Ländern nur 6% des gesamten Nettovermögens. Österreich ist noch ungleicher als die gesamte Eurozone: In Österreich hat die unteren Hälfte der Gesellschaft weniger als 4% des Nettovermögens.

Das gleiche Bild von extremer Ungleichheit zeigt sich aber auch am oberen Ende der Vermögensverteilung: Die vermögensreichsten 5% besitzen über alle Länder 37% des gesamten Nettovermögens, in Österreich besitzen sie über 45%. Ist die Verteilung von Vermögen in der Eurozone damit schon sehr ungleich, ist die Vermögensverteilung in Österreich noch ungleicher. Österreich hat gemeinsam mit Deutschland einen der höchsten Gini-Koeffizienten der Eurozone. Dieses Maß der Ungleichheit – der Wert null bedeutet, alle haben gleich viel, der Wert eins, ein Haushalt besitzt alles – liegt in Österreich bei 0,76 im Vergleich zu 0,68 über alle untersuchten Länder.

Im Vergleich zur Einkommensverteilung ist somit die Ungleichverteilung bei den Vermögen in allen untersuchten Eurozonen-Ländern deutlich höher. Das ist das Überraschende an diesen neuen Daten: wie ähnlich sich die Länder in ihrer Ungleichverteilung sind. Die vermögensreichen Gruppen waren in allen Ländern in der Lage, den weitaus größten Teil des Vermögens auf sich zu vereinen, während die vermögensarme Hälfte in allen Ländern, in Zypern und Malta wie in Deutschland und Österreich, nur einen sehr geringen Teil des Vermögens besitzt.

Eine abschließende Bewertung der Einkommens- und Vermögensverteilung und deren Entwicklung in der Krise ermöglichen die vorliegenden Daten sicherlich noch nicht. In einer Reihe von Staaten hat sich die wirtschaftliche Lage seit 2010 eher verschlechtert als verbessert. Europa ist 2012 neuerlich in die Rezession geraten und findet Anfang 2013 auch nicht heraus. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren stark angestiegen und damit auch die Langzeitarbeitslosigkeit und die Armut. Viele Menschen haben ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld inzwischen aufgebraucht. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit stieg in der Krise in bisher unvorstellbare Höhe. Bei rund 24% lag sie im März 2013 in der EU, mit Spitzen von 59% bzw. 56% in Griechenland bzw. Spanien und nur zwei Mitgliedstaaten (Deutschland und Österreich) mit Raten unter 10%. Damit werden die Sozialsysteme der Länder in Zukunft noch stärker gefordert, die auseinanderlaufende Ungleichheit auszugleichen. Die Frage ist, ob sie dazu genügend Mittel haben werden. Denn sie kommen selbst immer stärker unter Spardruck. Ab dem Jahr 2011 wurde die Budgetpolitik von Konjunktur- auf Sparprogramme umgestellt. Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Sparmaßnahmen in vielen Staaten lassen befürchten, dass sich das Risiko für Armut und

soziale Ungleichheit OECD-weit seit 2010 verschärft hat und in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird.

Um die Ungleichheit und deren Entwicklung in der Krise besser zu verstehen, sind regelmäßige und umfassende Erhebungen und Analysen zur Vermögensverteilung erforderlich. Der ausgebaute Wohlfahrtsstaat ist weiterhin ein wesentliches Instrument zur Verringerung der Ungleichheit. Er hat sich in der Krise besonders bewährt. Auf der Finanzierungsseite ist es unumgänglich, legale und illegale Steuerumgebungsmöglichkeiten abzuschaffen und vermögensbezogene Steuern auf die hoch konzentrierten Vermögen einzuheben, die sich in den letzten Jahren gebildet haben und in den nächsten Jahren unversteuert weitervererbt werden.

Literatur zur Thematik:

- Andreasch, Michael: Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 249-267, http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf.
- Berg, Andrew G.; Ostry, Jonathan D. (2011): Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin? IMF Staff Discussion Note SDN/11/08, April 8, IMF, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>.
- Gleissner, Rolf: Statistik als Armutsrisiko, Kommentar der Anderen, 23. November 2012, 18:37, <http://derstandard.at/1353207165563/Statistik-als-Armutsrisiko>.
- Hörl, Michael: Eine unbequeme Wahrheit: Wir sind alle reicher geworden, 17.01.2013, http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1333606/Eine-unbequeme-Wahrheit_Wir-sind-alle-reicher-geworden?from=suche.intern.portal.
- Kennickell, Arthur B. (2011): Tossed und Turned: Wealth Dynamics of U.S. Households, 2007-2009, Finance and Economics Discussion Series 2011-51, Division of Research & Statistics and Monetary Affairs, Federal Reserve Board, Washington, D.C.
- Keuschnigg, Christian et alii (2013): Besteuerung von Vermögen in Österreich, IHS Projektbericht, www.ihs.ac.at/publications/lib/vermoegenssteuer_volltext.pdf?.
- Kumhof, Michael et alii (2012): Income Inequality and Current Account Imbalances, IMF Working Paper 12/08, www.imf.org/external/pubs/ft/wp/.../wp1208.pdf.
- OECD (2013): Crisis squeezes income and puts pressure on inequality and poverty in the OECD – New Results from the OECD Income Distribution Database.
- OECD (2012): Restoring public finances, 2012 Update, OECD Publishing.
- OECD (2012b), Economic Policy Reforms 2012: Going for Growth, OECD Publishing.
- OECD (2011): Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising, OECD Publishing.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, OECD Publishing.
- Rudzio, Kolja: Deutschland: Armut – Steigt der Anteil der Armen in Deutschland? Viele glauben das, und die SPD will im Wahlkampf damit punkten. Doch es stimmt nicht, <http://www.zeit.de/2012/52/Armut-Wahlkampf-SPD>, 27.12.2012.